

Strompreise steigen auch 2010

Stromanbieter drohen die Preise zu erhöhen, weil die Politik Ökostrom fördert

Die Politik will erneuerbare Energie fördern und verlangt deshalb von den Stromkonzernen höhere Abgaben. Diese wälzen die Zusatzkosten auf die Konsumenten ab. Schweizerinnen und Schweizern drohen so 12 Prozent höhere Strompreise.

VASILJE MUSTUR

Der Nationalrat hat gestern entschieden: Die grosse Kammer möchte Strom aus erneuerbaren Energien noch mehr fördern. Deshalb will der Nationalrat die Zuschläge für die kostendeckende Einspeisevergütung (KEV) – welche die Stromanbieter in Form von Steuern an die Kantone abgeben müssen – bis 2013 von 0,6 auf 0,9 Rappen anheben. Dieses Jahr wurde die KEV eingeführt, um teure erneuerbare Energie konkurrenzfähig und für die Konsumenten attraktiv zu machen. Darüber hinaus wünscht der Nationalrat, dass die Wasserzinsen, welche die Strombranche den Kantonen ebenfalls abgeben, ab 2011 von 80 auf 100 Franken erhöht und bis Ende 2019 bei 110 Franken festgelegt werden. Damit fließen mittelfristig zusätzlich 150 Millionen Franken in die Kasse der Kantone. Die Bergkantone erhalten davon 60 Prozent.

Die Zeche zahlen die Konsumenten

Sollte der Ständerat den Beschluss des Nationalrates bestätigen, drohen den Schweizer Konsumenten in den nächsten Jahren bis zu 12 Prozent höhere Strompreise. Der Grund: 2007 mussten die Stromanbieter 25 Prozent der Preise an öffentliche Abgaben verzichten – davon waren nur ein Drittel «normale» Steuern. Durch den Anstieg der Subventionen für die erneuerbaren Energien steigt der Abgabenteil für die Anbieter laut der neusten Studie des Verbandes Schweizerische Elektrizitätsunternehmen (VSE) und vom Bundesamt für Energie (BfE) auf bis zu 44 Prozent. «Es wird uns nichts anderes übrig bleiben, als diese Abgaben auf die Kunden abzuwälzen», sagt VSE-Präsident Kurt Rohrbach gegenüber dieser Zeitung. Rohrbach geht da-



PREIS Der Strom für unsere Lampen droht in den nächsten Jahren noch teurer zu werden. FABRICE COFFRINI

von aus, dass Schweizerinnen und Schweizer aufgrund des politischen Entscheides bis zu einer Milliarde Franken mehr für ihren Strom bezahlen müssten.

Erste negative Auswirkungen für den Konsumenten sind bereits für 2010 sichtbar. Wie Kurt Rohrbach auf Anfrage bestätigt, steigen die Strompreise nächstes Jahr im Schnitt um ein Prozent. «Ausserdem behalten sich die Anbieter vor, höher anfallende Abgaben und Steuern an die Kantone auf die Kunden abzuwälzen.» So wird der Strom für die Verbraucher in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach noch teurer, denn die Einführung der «Öko»-Subventionen verursachte bei den Stromanbietern bereits höhere Abgaben und Gebühren von sieben Prozent. Dies beschert den Kunden aller Voraussicht 2,2 Milliarden Franken an höheren Kosten.

Kurt Rohrbach will sich indes nicht dazu äussern, welche Massnahmen es brauche, um die Stromanbieter mit weniger Abgaben zu belasten und so die Preise nicht auf den Konsumenten abwälzen zu müssen. «Das ist eine politische Frage».

SP zufrieden – FDP empört

Derweil gehen die Meinungen über die im Nationalrat getroffene Entscheidung weit auseinander. «Die Erhöhung der kostendeckenden Einspeisevergütung ist zwar richtig; die bisherige Go-and-stop-Politik wird aber fortgesetzt und bringt keine wirklich guten Rahmenbedingungen für die Hersteller von Technologien mit neuen erneuerbaren Energien», sagt SP-Nationalrat Rudolf Rechsteiner.

Auch Swissolar begrüsst die Entscheidung des Nationalrats. «Ich bin zufrieden, dass die Politik die Blockie-

rung der kostendeckenden Stromeinspeisevergütung aufgehoben hat. Es bleibt also nicht bei wenigen Grossanlagen», sagt Swissolar-Chef David Stichelberger.

Anders sieht das FDP-Nationalrat Werner Messmer: «Das Vorgehen des Nationalrates ist sehr fragwürdig. Erstens wurde ein «Päckli» zwischen der SP, den Grünen und der CVP geschlüsselt ganz nach dem Motto: Gebt uns das Wasser und wir geben euch das KEV. Zweitens hätte es für diese Entscheidung mindestens eine Anhörung, wenn nicht eine Vernehmlassung gebraucht – schliesslich geht es um viel Geld». Dass die Verbraucher höhere Strompreise bezahlen müssten, bedauert der FDP-Nationalrat allerdings nicht. «Die Verbraucher wollen, dass erneuerbare Energien gefördert werden. Also muss er dafür auch einen Preis zahlen.»

Sonderbonus als Ausgleich

Erst forderte HP von den Mitarbeitern Lohnverzicht, nun zahlt sie die Löhne nach

HP macht einen Rückzieher: Der IT-Konzern zahlt seinen Mitarbeitern einen einmaligen Sonderbonus in der Höhe des Lohnverzichts.

MARTIN RUPE

Als erster Betrieb führte der Würth-Konzern diesen Sommer den Lohnverzicht ein. Schnell folgten weitere Firmen wie Kuoni, Rieter, Hilti, Alu Menziken oder OC Oerlikon, die ihre Mitarbeiter aufforderten, «freiwillig» auf einen Teil ihres Lohns zu verzichten. Mit bis zu zehn Prozent Lohnverzicht sollten die Angestellten den Arbeitgeber bei der Bewältigung der Krise helfen.

Zuletzt rief der IT-Konzern Hewlett-Packard (HP) seine Mitarbeiter zu dieser Massnahme auf und sorgte

damit für viel Unmut. Denn anders als andere Firmen befand sich HP nicht in Existenznot, sondern schrieb schwarze Zahlen. Auf die Frage, ob HP wenigstens eine Arbeitsplatz-Garantie abgebe, antwortete HP-Schweiz-Chefin Hauke Stars in einem Interview mit dieser Zeitung klar mit «Nein».

Chef bedankt sich bei Mitarbeitern

Und nun dies: Laut dem Nachrichten-Portal «inside-it.ch» zahlt HP den Lohn, auf den viele Mitarbeitende verzichtet haben, für dieses Jahr nach – in Form eines einmaligen Sonderbonus. Dies geht aus einem E-Mail hervor, das HP-Chef Mark Hurd vorgestern an die Mitarbeiter verschickt habe. Darin lobt er die Leistung der Angestellten und ver-

spricht ihnen, dies durch variable Vergütungen anzuerkennen.

«Kein Kommentar zum Inhalt»

Insbesondere jene HP-Mitarbeiter, die auf Lohn verzichtet haben, dürfen sich freuen. Denn sie erhalten zusätzlich zu den normalen Boni einen Sonderbonus – normalerweise in der Höhe des Lohnverzichts. Hurd denke aber nicht darüber nach, 2010 die Grundlöhne zu ändern. HP-Mitarbeiter, die auf Lohn verzichtet haben, können also nur hoffen, dass ihr Verzicht auch nächstes Jahr wieder kompensiert wird.

Auf Anfrage bestätigte HP zwar das Schreiben des Konzernchefs. «Doch zum Inhalt interner Mails äussern wir uns nicht», so HP-Sprecherin Barbara Gfeller.

Auch Bau spürt Krise

CS und Baumeister lancieren Bauindex

Die Wirtschaftskrise schlägt gemäss dem von der Credit Suisse und dem Baumeisterverband lancierten Index allmählich voll auf die Baubranche durch. Dank dem zuwanderungsbedingten kräftigen Wohnungsbau habe sich das Wachstum lange aufrechterhalten. Dies auch, als der Bau nach Beginn der Wirtschaftskrise 2008 vom Abschwung erfasst worden sei. Wegen der hohen Auslastung im Tiefbau könne das angeschlagene Tempo aber nicht unbegrenzt aufrechterhalten werden. Sobald der Tiefbau an Dynamik einbüsst, wird der Motor der Baubranche ins Stottern geraten. (AP)

Abschreckendes Grossbritannien

VOR WOCHENFRIST sind die neuesten Eckzahlen über Japan publiziert worden. Sie waren ein Schock. Seit über zehn Jahren leidet das Land unter der geplatzten Immobilienblase. Die Wirtschaft wächst kaum, die Schulden machen unvorstellbare 180 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts aus und der Regierung gelingt es nicht, das Land auf Wachstum zu trimmen. Viel schlimmer, die Preise verbilligen sich seit über einem Jahr, aktueller Stand des Konsumentenpreisindex: minus 2,2 Prozent.

ES HERRSCHT also Deflation, Gift für jede Volkswirtschaft, weil die Konsumenten wissen, dass sie günstiger fahren, je länger sie mit dem Kauf von Gütern zuwarten. Geld ist praktisch zum Nulltarif zu haben (offizieller Leitzinssatz 0,1 Prozent). Wie die nachfolgende Generation den gewaltigen Schuldenberg je wird abtragen können, weiss niemand. Ohne Besserung wird irgendwann eine Währungsreform der einzige Ausweg sein, was einer allgemeinen Vermögensvernichtung gleichkäme. Noch mogelt man sich durch, noch ist das Vertrauen nicht vollständig weg, weil man verbissen daran glaubt, dass das Wachstum irgendwann zurückkehren wird.

HIER IN EUROPA nehmen wir Japan eher virtuell war. Anders ist das mit Grossbritannien, das uns viel näher steht. Dem Vereinigten Königreich geht es mies, die Schulden explodieren, die Währung erodiert, der Finanzplatz London wankt. Nicht auszuschliessen, dass die Briten vor einem ähnlichen Phänomen stehen wie Japan vor zehn Jahren: Gemäss einer Prognose des Internationalen Währungsfonds steigen die UK-Schulden bis 2014 um die Hälfte des Bruttoinlandsprodukts.

KEIN ANDERES westliches Land muss eine ähnliche Schuldzunahme verkraften. Ausdruck dafür ist, wenn auch ohne direkten Zusammenhang, die geheime Unterstreckung zweier Euro vor einem Jahr, welche die Bank of England mit umgerechnet über 100 Milliarden Franken vor dem Kollaps retten musste. Um die Krisenstimmung nicht weiter anzukurbeln, war die Rettungsaktion verschwiegen worden. Wie stark Grossbritannien schwächelt, ist am Defizit abzulesen. Gemäss den über Bord geworfenen Maassstab-Kriterien dürfte dieses nur 3 Prozent des BIP betragen. Es wird im kommenden Jahr auf 7,8 Prozent geschätzt, das ist sogar höher als das japanische Defizit (minus 6,9 Prozent).

WIE DAS LAND aus der Schuldspirale herausfinden soll, steht in den Sternen. Die Industrie hat nicht die Qualität der deutschen oder schweizerischen, der Finanzplatz schrumpft. Zu lange hat man auf ihn gesetzt, jetzt wird er mit seiner monokulturartigen Stellung zur Hypothek. Das Pfund hat in gut zwei Jahren ein Drittel seines Wertes eingebüsst. England müsste sparen, gemäss IWF sollte das Budget um 12,8 Prozent jährlich gekürzt werden, was aber die Krise nur verstärken würde. Am Beispiel Grossbritannien lässt sich ablesen, was geschieht, wenn ein Staat über die Verhältnisse lebt. wirtschaft@azag.ch

Nachrichten

Spätes Geschäft setzt sich durch

An der Schweizer Börse hat sich am Mittwoch im späten Geschäft dank Gewinnen bei defensiven Aktien ein etwas höherer Trend durchgesetzt. Das Geschäft verlief bei insgesamt moderaten Umsätzen ruhig. Der SMI schloss 0,39 Prozent höher auf 6422 Punkten. Der breite SPI stieg 0,33 Prozent auf 5521 Zähler. Für eine Belastung der

Bankaktien und für Unmut an der Börse sorgten Äusserungen von IWF-Chef Strauss-Kahn, wonach möglicherweise noch 50 Prozent der Gesamtverluste in den Bilanzen der Banken verborgen sind. Der Anteil sei in Europa grösser als in den USA. Die UBS-Aktie sank um 0,6 Prozent nach einem Minus von 2 Prozent am Vortag. Credit Suisse verlor 1,2 Prozent, Julius Bär 1,4 Prozent. Den grössten Anstieg verbuchte die Aktie von Richemont, die mehr als 5 Prozent gewann. (AP)

Dollar Gestern wieder unter einen Franken gefallen

Der Dollar ist am Mittwoch zum zweiten Mal in der Geschichte wieder unter die Marke von einem Franken gefallen. Um 12.50 Uhr war die US-Währung noch 99,93 Rappen wert. Danach setzte eine leichte Erholung ein, die den Wert des Greenbacks bis 13.55 Uhr wieder auf Fr.1.0010 steigen liess. Erstmals war der Dollar am 14. März 2008 unter die Paritätsgrenze gefallen. (AP)

Gategroup Verträge mit Delta Air Lines erneuert

Der Cateringkonzern Gategroup hat wichtige Verträge mit der US-Fluggesellschaft Delta Air Lines und deren Tochter Northwest Airlines erneuert. Die Vereinbarung soll Gategroup Umsätze von über 1 Milliarde Dollar sichern. Der Deal betrifft die Hauptmarken Gate Gourmet sowie die Schwestergesellschaften Gate Safe, eGate Solutions, Pourshins und deSter. (AP)

Opel 9000 Stellen in Europa sollen gestrichen werden

Auf die Opel-Belegschaft kommen harte Zeiten zu: Zur Sanierung des angeschlagenen Autobauers will General Motors (GM) bei Opel in Deutschland bis zu 5400 Stellen abbauen – das wäre jeder fünfte Arbeitsplatz. Besonders bluten müssen die Werke in Rüsselsheim und Bochum. In ganz Europa sollen rund 9000 Jobs wegfallen, kündigte GM-Europachef Reilly an. (AP)